Aber⁴ keine strafprozessuale Entscheidung vor der Entscheidung des staatlichen oder gesellschaftlichen Gerichts, weder die Anklage noch der Eröffnungsbeschluß des Gerichts, auch nicht die Übergabe an ein gesellschaftliches Gericht, enthalten eine Schlußfestsetzung.

Weitere Garantien für die Einhaltung des im § 8 StPO* formulierten Grundsatzes über die Feststellung der Wahrheit bilden die Festlegung der Beweisführungspflicht für das Gericht, den Staatsanwalt und die Untersuchungsorgane sowie das Verbot, dem Beschuldigten bzw. Angeklagten die Beweisführungspflicht aufzuerlegen (§§ 8, 22 StPO), die Gesetzlichkeit der Beweisführung III/ 23 StPO) und das Verbot, dem Beschuldigten und Angeklagten auf Verteidigung Artikel 1¹ 2 Verf., Artikel 4 StGR, §§ 15, 61 StPO. Die Präsumtion der Unschuld und das Verbot, dem Beschuldigten und Angeklagten die Beweisführungspflicht aufzuerlegen, stehen mit dem Recht auf Verteidigung im Einklang — ang. StE bilden im Grunde wesentliche Voraussetzungen dafür, daß das Recht auf Verteidigung effektiv werden kann.

Weitere Garantien für die Feststellung der Wahrheit sind die Unabhängigkeit der Richter, Schöffen und Mitglieder der gesellschaftlichen Gerichte, ihre Bindung ausschließlich an Verfassung und Gesetz, die Kollektivität der gerichtlichen Entscheidung, die Mitwirkung gesellschaftlicher Kräfte im Strafverfahren, die Beschleunigung des Verfahrens (die Einhaltung der gesetzlichen Fristen), die Bestimmungen über die sachliche und örtliche Zuständigkeit des Gerichts (sie bilden die Grundlage für die Bestimmung des gesetzlichen Richters — Artikel 101 Verf.) und solche Prozessmaximen für das gerichtliche Verfahren wie Unmittelbarkeit, Mündlichkeit und Öffentlichkeit.

2.3. Die Mitwirkung der gesellschaftlichen Kräfte im Strafverfahren

Im Recht der Bürger, im Strafverfahren gestaltend mitzuwirken, kommen das schöpferische Wesen des sozialistischen Staates und seines Rechts, sein Demokratismus und Humanismus überzeugend zum Ausdruck.

Die Mitwirkung der Bürger im Strafverfahren ist eine Form der das Grundrecht der Bürger auf umfassende Mitbestimmung in der staatlichen Verwaltung — "Angelegenheit der Verwaltung" (Artikel 19 V 21 Verf.) — eine bedeutsame Form, in der die Werktätigen die politische Macht ausüben. Die Gewährleistung der Teilnahme der Bürger und ihrer Gemeinschaften an der Verfassungsgestaltung (Artikel 7 der Verfassung; Artikel 6 StGB; § 4 StPO). Mit ihrer Teilnahme tragen die Bürger den Staat in besonderem Maße zur Gewährleistung der sozialistischen Gesetzlichkeit und Rechtssicherheit bei.

Die Mitwirkung der Bürger im Strafverfahren ist ein Grundsatz des Strafverfahrens in der DDR, weil die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaftsverhältnisse die Möglichkeit eröffnet, die Kriminalität schrittweise zurückzudrängen¹⁰ und weil der Schutz der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung sowie der Bürger und ihrer Rechte vor kriminellen Handlungen im Interesse der gesamten Gesellschaft und jedes ihrer Bürger liegt. Auf Grund dieser prinzipiellen Interessenebereinstimmung kann die Verfassung den Satz enthalten, daß die Bekämpfung und Verhütung von Straftaten und anderen Rechtsverletzungen gemeinsames An-

is Buchholz/Hartmann/Schaefer, Zum Wesen der Kriminalität in der DDR, in: NJ 1969, S. 162